

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/73

Bonn, den 20. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>"Den Teufel aus der Hölle holen"</u> Peter Corterier im Kampf um das fast schon verlorene Karlsruher Rathaus Von Horst Seefeld, MdB	49
3	<u>"Solche Vorbehalte gibt es nicht"</u> Der USA-Außenminister Rogers über die Ostpolitik der Bundesregierung	43
4 - 5	<u>Zur Diskussion um den Nulltarif</u> Es kommt auf eine bessere Verkehrsbedienung an Von Ernst Haar, MdB	63
6	<u>"Ämterverkauf durch Justizminister"</u> Spanisches Regime ging in die Falle eines Madrider Magazins	18
6	<u>Die Menschenlawine</u>	18

"Den Teufel aus der Hölle holen"

Péter Corterier im Kampf um das fast schon
verlorene Karlsruher Rathaus

Von Horst Seefeld, MdB

Die Zeit der sozialdemokratischen Oberbürgermeister in der südwestdeutschen Großstadt Karlsruhe muß noch nicht beendet sein! Nachdem der bewährte OB Günther Klotz auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, kandidierten zwei Bürgermeister - je einer von SPD und CDU - gegeneinander. Die Wahl am 12. April brachte wegen zu geringer Wahlbeteiligung noch keine Entscheidung. Da jedoch die Wähler mit einem Stimmenverhältnis von 55 Prozent zu 44 Prozent zugunsten des CDU-Kandidaten entschieden, paßte der SPD-Bewerber und stellte sich für den zweiten entscheidenden Wahlkampf am 26. April nicht mehr zur Verfügung.

Wegen der "kampflosen Aufgabe" der Führung im Karlsruher Rathaus warf eine große Lokalzeitung der SPD Schwäche vor. Das Blatt meinte, die Partei müßte doch eigentlich gerade jetzt versuchen, "den Teufel aus der Hölle zu holen". Indessen schien der Wahlakt am 26. April nur noch eine Farce zu sein. An einem Sieg des CDU-Bewerbers Otto Dullenkopf wurde nicht mehr gezweifelt, denn zwei weitere, unabhängige Kandidaten können nur als Staffage gelten: sie haben keine Chance.

Zur Freude des SPD-Anhangs und zum Leidwesen der CDU und ihres "fast-schon-Oberbürgermeisters" erwachte die Karlsruher SPD dann aber doch noch aus ihrer Lethargie. Sie präsentierte am Wochenende, eine Woche vor der Entscheidungswahl, einen neuen

Kandidaten. Peter Corterier, 33jähriger Rechtsanwalt und großer Sieger bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr, stellte sich auf Drängen weiteren Kreisen der Bevölkerung als Oberbürgermeisterkandidat. Mit den Worten "Ich will den Teufel aus der Hölle holen", nahm Corterier den Kampf auf. Dabei kämpft der junge Bundestagsabgeordnete nicht nur mit der Kürze der Zeit. Er hat auch das Handicap, daß sein Name nicht auf dem offiziellen Wahlzettel gedruckt erscheint. In einem sehr kurzen Wahlfeldzug muß Corterier den Wählern nun klarmachen, daß sein nicht einfach zu schreibender Name handschriftlich auf dem Wahlschein ergänzt werden muß. Trotzdem ist Peter Corterier zuversichtlich.

Der Wahlkampf in Karlsruhe hat noch einmal begonnen. Der Kampf um ein für die SPD schon verloren geglaubtes Mandat ist erneut entfacht. Ein weites Echo und lebhafteste Zustimmung sind Karllsruhes Bundestagsabgeordnetem auf seinem Weg in das Karlsruher Rathaus sicher. Die SPD-MdB's aus Baden-Württemberg und viele junge Fraktionskollegen aus allen Teilen der Bundesrepublik wollen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen: durch persönlichen Einsatz bei Hausbesuchen und in Straßengesprächen in Karlsruhe. Es hat eine hektische Woche in der sonst als "ruhig" bezeichneten badischen Residenz begonnen. Corteriers Kampf dürfte Aufmerksamkeit nicht nur in und um Karlsruhe erheischen. Die deutsche Öffentlichkeit verfolgt mit großem Interesse den Versuch des jungen Abgeordneten, aus der Rolle des Außenseiters einem hohen Favoriten den Sieg streitig zu machen.

+ + +

"Solche Vorbehalte gibt es nicht"

Der USA-Außenminister Rogers über die Ostpolitik der Bundesregierung

sp - Dies gilt es festzuhalten. Auf die Frage eines deutschen Journalisten in der nach dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers abgehaltenen Fernseh-Pressekonferenz des USA-Außenministers Rogers, ob die Regierung Nixon die ostpolitische Aktivität der Bonner Regierung mit Skepsis beurteile und sie vielleicht für zu riskant halte, kam ohne Zögern die Antwort: "Solche Vorbehalte gibt es nicht."

Rogers zitierte dabei den schon berühmt gewordenen Satz von Präsident Nixon, daß Verhandlungen einer Konfrontation unbedingt vorzuziehen seien; er selbst, Rogers, halte es für wünschenswert, realistische Gespräche mit den Ländern des Ostens zu führen und zu sondieren, ob Spannungen vermindert oder entkrampft werden können "und in welchem Bereich".

Diese gewichtigen Feststellungen des Außenministers der Vereinigten Staaten entziehen den Behauptungen führender CDU/CSU-Politiker, die von der Regierung Brandt/Scheel aktivierte Ost- und Deutschlandpolitik stoße in den USA auf wachsendes Mißtrauen und werde mit Argwohn verfolgt, jede Grundlage. Entscheidend sind nicht kritische Einzelstimmen, auf die sich Strauß und Barzel berufen, entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Auffassung und das Werturteil der USA-Regierung, die selbst in den schwersten, für die Erhaltung des Weltfriedens wichtigsten Verhandlungen mit der Sowjetunion in Wien über eine Beschränkung des Wettrüstens atomarer Waffensysteme steht. Beide Siegermächte, im Bewußtsein ihrer gegenseitigen Vernichtungskräfte, versuchen durch Verhandlungen eine Ebene gemeinsamer Interessen zu finden.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung fügt sich nahezu fugenlos in die Bemühungen der Vereinigten Staaten ein, im atomaren Zeitalter der Welt den Alpdruck eines alle und alles vernichtenden Krieges zu nehmen. Bonn und Washington verfolgen, jeweils in ihren Bereichen, die gleiche Politik. Sie handeln im Gleichklang. Die Bonner Gespräche mit Moskau, Warschau und Ostberlin werden von der Regierung Nixon als ein unerläßlicher Beitrag bejaht, den Frieden sicherer zu machen. Gegenseitiges Vertrauen und beiderseitige Interessen kennzeichnen gerade nach dem Besuch Willy Brandts den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Jene CDU/CSU-Politiker, die das nicht sehen wollen und leichtfertig von einer Gefährdung unserer Sicherheit eben durch die von US-Außenminister Rogers begrüßte Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel schwafeln, täuschen aus recht durchsichtigen Gründen dem Volk etwas vor, was der Wirklichkeit nicht entspricht.

Ein aufmerksames Studium der Aussagen Rogers, der verbindlich für die USA-Außenpolitik sprach, sei ihnen dringend empfohlen. Ob sie daraus lernen und die entsprechende Nutzenwendung ziehen, bleibt freilich zweifelhaft.

+ + +

Zur Diskussion um den Nulltarif

Es kommt auf eine bessere Verkehrsbedienung an

Von Ernst Haar, MdB

Der größte Teil des gesamten Kraftverkehrs in der Bundesrepublik - ca. 80 Prozent - konzentriert sich auf Großstädte und Wirtschaftsräume, in denen sich rund 2/3 aller Verkehrsunfälle ereignen. Der Bedarf an Straßen und Parkflächen kann nicht mehr gedeckt werden - es sei denn, wir verändern bzw. zerstören gewachsene Strukturen. Die Verkehrsdichte nimmt rascher zu, als neue Schnellbahnsysteme gebaut werden können. Milliardeninvestitionen sind erforderlich, um den Berufsverkehr der Großstädte auf die Schiene zu verlagern. Mit gutem Recht fordert der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe, daß Gemeinden, Länder und Bund durch klare Entscheidungen eine saubere Fahrpreiskalkulation ermöglichen. Ungerechtfertigte Steuerbelastungen sollen endlich beseitigt und Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Auflagen (Sozial- und Schülertarife) gewährt werden.

Oft wird die Einführung des Nulltarifs gefordert. Die Forderung nach unentgeltlicher Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist sicher getragen von der Sorge um das Schicksal des Personennahverkehrs. Nulltarif - fahrgeldfreie Beförderung, Gratisfahrt im Nahverkehr - das wirkt bestechend. Gegen diese "Gratislösung" sind jedoch erhebliche Zweifel berechtigt.

Der Nulltarif würde 3,5 Milliarden DM kosten; bei Einbeziehung des Personennahverkehrs der Bundesbahn und privater Unternehmen wären es sogar rund fünf Milliarden DM.

Wo aber bleibt bei einer totalen Subventionierung noch der Anreiz zur Modernisierung und zum Leistungswettbewerb? Und könnte der Nulltarif verhindern, daß die Warterei, das Drängeln, das Geschiebe in den Stoßzeiten noch unerträglicher wird? Würden derart hohe Subventionen nicht dazu führen, daß andere wichtige Investitionen zurück-

gestellt werden müßten?

Wäre damit nicht die Gefahr einer sinkenden Qualität der durch öffentliche Verkehrsmittel angebotenen Verkehrsleistungen verbunden?

Und wer wollte verhindern, daß durch günstige Umsteigesysteme schließlich weite Teile unseres Landes mit Bahn, Bus und Straßenbahn kostenlos durchquert werden?

Die Personenbeförderung ist eine wirtschaftliche Leistung, die nicht verschenkt werden kann. In Hannover ist nach Einführung des Großraumtarifs von DM 0,50 die Zahl der Fahrgäste nicht gestiegen. 30 Millionen müssen dort im ersten Jahr von der Stadt und den Umlandgemeinden aufgebracht werden. Ändert aber ein halbgeschenkter Fahrpreis noch nicht die Verkehrsbedingungen, dann wird auch der Nulltarif wohl keines der brennenden Probleme lösen. Beim Nulltarif geht es um Milliardenbeträge, die nicht ohne sozialen Effekt verlorengehen dürfen. Wir brauchen dieses Geld dringend zum Bau von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Kindergärten und weiteren Gemeinschaftsaufgaben.

Um den öffentlichen Personennahverkehr bei der Bewältigung der städtischen und regionalen Aufgaben zu stärken, sollten die Bemühungen verstärkt werden, das künftige Angebot nach Quantität und Qualität so auszugestalten, daß eine echte Alternative zum Individualverkehr geboten wird. Politische Entscheidungen sind unausweichlich. Bund, Länder und Gemeinden müssen Wege finden, um die chronische Lücke zwischen wachsenden Kosten und nicht mehr zu steigenden Fahrpreisen zu schließen. Dabei müssen verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Befreiung von der Mehrwert- und Mineralölsteuer sachlich gerechtfertigt sein.

Die Situation im Nahverkehr zwingt zu politischen Grundsatzentscheidungen. Neben die gesetzliche Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen müssen wirksame Finanzhilfen zur Bewältigung der Verkehrsaufgaben in den Städten und Regionen treten.

Die Übernahme der in den Bereich der Zukunftsplanung fallenden Infrastrukturkosten durch die öffentliche Hand ist ebenso zwingend.

Zwischen Nulltarif und Fahrpreiserhöhung bleibt die Möglichkeit klar ausgewiesener Subventionen für den öffentlichen Nahverkehr, um eine Entwicklung steuern zu helfen, die zur Erfüllung berechtigter Bedürfnisse und Erwartungen der Allgemeinheit und der Gesundheit des öffentlichen Personennahverkehrs führen wird.

"Ämterverkauf durch Justizminister"

Spanisches Regime ging in die Falle eines Madrider Magazins

W.I. - In Madrid wurde ein Magazin beschlagnahmt, das mit der Schlagzeile "Verkauf öffentlicher Ämter durch den Justizminister" erschienen war.

Inhalt des Berichts: Die Praktiken eines spanischen Justizministers von 1814.

Spaniens heutiger Justizminister fühlte sich durch die "olle Kamelle" beleidigt. Der Chefredakteur des Blattes wurde deshalb zusätzlich mit einer Geldstrafe von umgerechnet 3.200 DM bestraft.

Nun ist es eine lang erprobte Methode der Opposition in wenig freiheitlichen Staaten, daß man auf aktuelle Mißstände durch Erinnerung an Übeltaten aus früheren Zeiten hinweist.

Aber kann sich durch solche "Arglist" betroffen fühlen, wer ein reines Gewissen hat?

Mit der Beschlagnahme des Magazins und der Bestrafung seines Chefredakteurs hat das Regime in Madrid zumindest deutlich gemacht, daß es sein Ansehen verdächtig schnell als gefährdet ansieht.

Wenn das spanische Magazin das beweisen wollte, so muß man sagen: Madrid ging ihm in die Falle!

+ + +
Die Menschenlawine

sp - Wenn es dabei bleibt, daß auf der Erde täglich 320.000 Kinder geboren werden und zugleich 140.000 Menschen sterben, dann wird sich die Menschheit in den nächsten 39 Jahren verdoppeln. So liest man im soeben erschienenen "Demographischen Jahrbuch der Vereinten Nationen".

Islands Frauen haben lt. UNO mit durchschnittlich 76,2 Jahren die höchste Lebenserwartung. Die Männer erreichen mit 71,6 Jahren im Durchschnitt das höchste Alter in Schweden, dem Land, das zugleich die geringste Kindersterblichkeit aufweist.

Die UNO-Demographen warten mit weiteren Zahlen auf. Aber lassen wir's genug sein. Die Glücksmeldungen aus Island und Schweden werden nirgends übertroffen. Das Unglück der vor allem in den Entwicklungsländern nicht zu stoppenden Bevölkerungsexplosion drängt sich in den Vordergrund.

Einst pries ein Dichter die Zahl der Sterne, die niemand zählen könne. Vor der dräuenden Menschenlawine aber würde auch ihn wohl eher das Grausen packen. Die Menschheit wird nicht menschlicher, indem sie - immer noch - zahlreicher wird.

+ + +